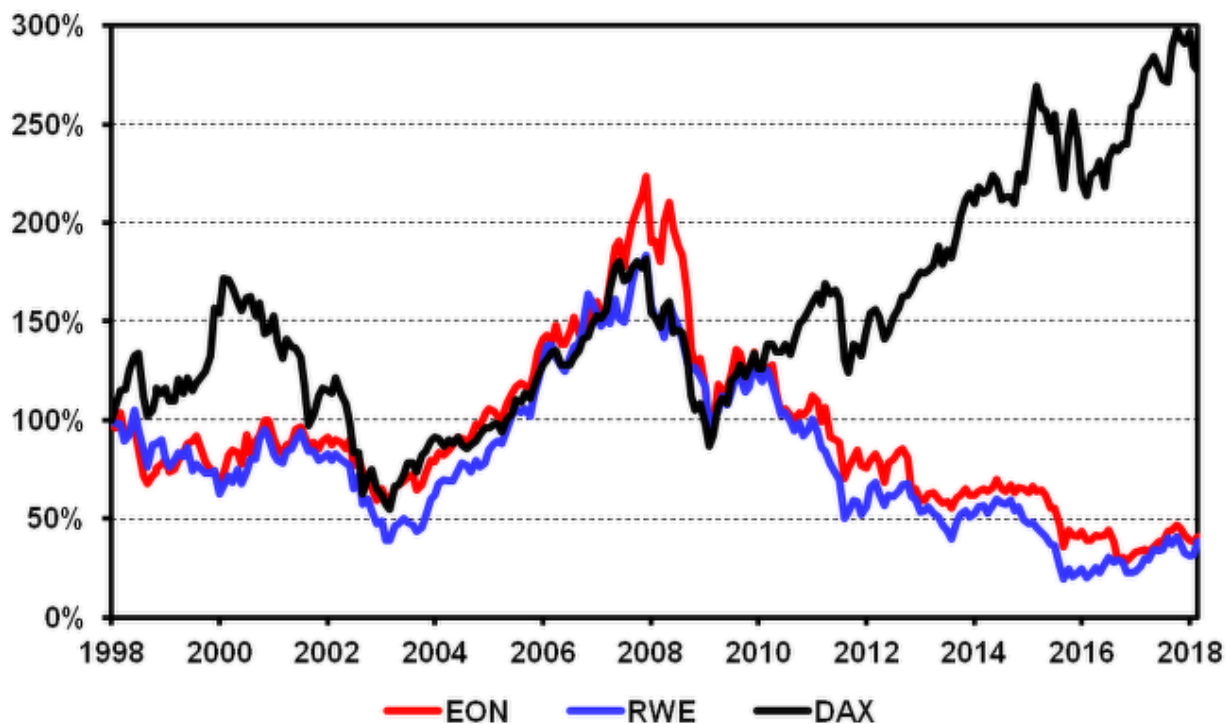


RWEEON: Monopolisierung vollendet - Vergesellschaftung jetzt nötig. Großes Theater in 6 Akten

von: Franz Garnreiter, 22.03.2018

Traditionell geschah - bis vor etwa 20 Jahren - die Stromversorgung in strenger monopolistischer Gebietsaufteilung und in streng hierarchischer Form. An der Spitze standen landesweite Verbundkonzerne, überwiegend in öffentlichem Eigentum (Bayernwerk, Badenwerk, Preußenelektra usw.), darunter rangierten regionale Weiterverteiler, und ganz unten, vor den Endverbrauchern, die Stadtwerke. Die Strompreise für die Klein- und Mittelverbraucher waren streng reglementiert. Die Belieferung eines Kunden in einem demarkationsfremden Gebiet war nicht erlaubt. Die Gaswirtschaft funktionierte genauso. Die Beziehungen zwischen den genehmigenden Wirtschaftsministerien und den Versorgern waren herzlich und vielfältig.



Aktienkursentwicklung seit 1998 für Eon, RWE und Dax insgesamt in Prozent des Ausgangswertes Anfang 1998

1. Genese RWE und Eon

Viele Jahre lang forderten Umwelt- und Verbraucherschützer die Abschaffung dieser Monopole und mehr Markt (ohne dass sie ahnten, welche Lawine damit losgetreten wurde). Und ebenso lange bekämpften die Verbundkonzerne diese Forderung erbittert. 1998 war es dann so weit: Die Verbundkonzerne fühlten sich genügend gestärkt, aber beengt in den Demarkationsgrenzen. Das alte Energiewirtschaftsgesetz

aus der Nazizeit 1935 wurde geändert, Marktwirtschaft sollte jetzt herrschen. In der wilden Schröder-Regierungszeit, als die SPD ihre heiße Liebe zum Marktfundamentalismus entdeckte, wurden Deregulierung und Privatisierung zum Allheilmittel für alle binnen- und außenwirtschaftlichen Probleme. Global Big Players sollten die Heilsbringer werden.

Aus den bisherigen neun Verbundkonzernen wurden innerhalb einiger Jahre vier große Stromkonzerne geschaffen:

1. RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke): Zusammenschluss des bis dahin mit Abstand größten Erzeugers RWE mit VEW (beide aus dem Ruhrgebiet stammend),
2. Eon (Kunstname): Zusammenschluss der früher staatlichen, dann privatisierten Konzerne Veba und Viag (Eigentümer von Preußenelektra und Bayernwerk),
3. EnBW: Zusammenschluss von Badenwerk und EVS (Schwaben),
4. Vattenfall: Tochter eines schwedischen Stromkonzerns, der die Versorger HEW und Bewag (Hamburg und Berlin) erwarb sowie die Versorgung in der Ex-DDR (war bis dahin auf RWE und Veba privatisiert, musste abgegeben werden, um den Marktschein gegen übermächtige Monopolisierung zu wahren).

Diese vier Konzerne erzeugten damals rund 80 % des Stroms in Deutschland. Davon lieferten die beiden kleineren EnBW und Vattenfall zusammen etwa ein Viertel; die beiden deutlich größeren RWE und Eon teilten sich die verbleibenden drei Viertel in etwa hälftig. Eons angestammtes Gebiet erstreckte sich von Sylt bis zum Watzmann (große Teile Bayerns, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein). RWE belegte NRW und Rheinland-Pfalz, zudem das bayerische Schwaben. Es war damit eine riesige Kapitalmachtzusammenballung geschaffen, umso mehr, als die Stromwirtschaft eh schon eine der kapitalintensivsten Branchen in der Wirtschaft ist: Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes hält die Branche Energiewirtschaft (das beinhaltet zu knapp 90 % Strom, der Rest sind Gas und Fernwärme) einen Anteil am Produzierenden Gewerbe in Höhe von 14,3 % der Sachanlagen, dagegen nur 2,4 % der Erwerbstätigen (2016).

2. Konzentration auf Strom und Gas

Im Folgenden betrachte ich nur die Konzerne Eon und RWE[1]. Ursprünglich war vor allem Eon ein totaler Gemischtwarenladen. Der Ursprungskonzern Veba war vor der Eon-Zusammenführung der deutsche Konzern mit den meisten Tochterfirmen – viele Hunderte im Inland und Ausland. Viag war kleiner und ähnlich strukturiert. Eon war viele Jahre damit beschäftigt, sich als Energiekonzern zu definieren und die nicht dazu passenden Konzernteile (etwa Aluminium, Chemie, Ölverarbeitung, Spedition, Immobilien, Telekommunikation) nach und nach zu verkaufen bzw. in passende Anlagen umzuwandeln. RWE war ebenfalls diversifiziert, v.a. im Baugewerbe und im Maschinenbau (Hochtief, Heidel Druck). Zwischendurch machte RWE einen nicht sehr glücklichen Ausflug ins Wassergeschäft (Thames Water, American Water, Berliner Wasserbetriebe), beendete das aber nach einigen Jahren.

Spektakulär war der Erwerb von Ruhrgas durch Eon – Ruhrgas hatte auf dem deutschen Gasmarkt eine Dominanz vergleichbar in etwa wie Eon und RWE

zusammen auf dem Strommarkt. RWE kaufte Thyssengas. Eon beteiligte sich vorübergehend auf der Gasförderseite mit 6,5 % Anteil an der russischen Gazprom, dem weltgrößten Erdgasförderer, dies nur drei Beispiele für die Ausweitung auf Gas. Im Strombereich selbst wurden regionale Verteiler aufgekauft, etwa die Isar-Amper-Werke durch Eon. Ein sehr wichtiges Ziel war der systematische Aufkauf von Stadtwerkeanteilen. Auf der horizontalen Ebene gingen beide Konzerne auf ausländischen (europäischen) Strommärkten einkaufen, RWE vor allem in Großbritannien und in den Niederlanden, Eon versuchte sich ebenfalls in Großbritannien und zudem vor allem in Südeuropa (Spanien und Italien) - dies allerdings gestaltete sich eher als Flop denn als großer Geschäftszug.

Für das Inland hofften die Verbraucherschützer auf niedrigere Verbraucherpreise durch mehr Marktwirtschaft statt durch staatlich beaufsichtigte Monopole - so wie es in den Lehrbüchern immer versprochen wird. Daraus wurde nicht viel. Zwar gab und gibt es mehr oder weniger seltsam-witzige Werbeaktionen, um die Eroberung fremder Märkte einzuleiten[2], aber die eigentliche Konkurrenz lief auf einer ganz anderen Ebene. Die Konzerne konkurrieren um Groß- und Größtverbraucher. Das sind die Stadtwerke als Endverteiler (für die Klein- und Mittelverbraucher) und die großen Industriekunden (mit Abnahmemengen in Höhe einer kleineren Großstadt samt Gewerbe), die direkt auf der obersten Erzeugerebene einkaufen:

- Die Kommunen begannen, aus Angst vor der übermächtigen Konkurrenz und im Rausch des Privatisierungs-Hypes Anteile ihrer Stadtwerke zu verkaufen, und zwar an die Konkurrenten: Zwischendurch, Mitte der Nullerjahre, bevor der Trend zur Rekommunalisierung wieder einige Aneignungen rückgängig machte, besaßen die vier Stromkonzerne Anteile an der Hälfte der über 600 Stadtwerke, davon Eon allein annähernd 200. Statt niedriger Preise für die privaten Haushalte brachte dies Marktmacht und prächtige Verdienste für die Konzerne. Vom Dutzend der größten Stadtwerke waren die Stadtwerke München so ziemlich die einzigen ohne eine private Beteiligung.
- Seit jeher gibt es in Deutschland eine Stromüberproduktion, Kraftwerke, die nur rumstehen und Abschreibungen verursachen statt zu laufen. Die Stromkosten bestehen zum größten Teil aus Fixkosten (v.a. Kapitalkosten, Abschreibungen); die variablen Kosten (= Kosten, die durch den laufenden Betrieb entstehen) sind gering. Daher kann mit einem zusätzlichen Großverbraucher auch bei sehr niedrigen Preisen (die nur etwas mehr als die variablen Kosten decken) Gewinn erzielt werden - im Vergleich zum Stillstand der Kraftwerke. Die Kapitalkosten müssen aber dennoch erwirtschaftet werden: Das ist möglich, wenn man bei den Kleinverbrauchern umso höhere Preise verlangt. Gerade wenn der stromliefernde Konzern eine Beteiligung bei Stadtwerken besitzt, diese also mehr oder weniger stark gebunden sind, kann er bei deren Strombezug gute Preise erzielen.

Im Ergebnis war und ist eine riesige Quersubventionierung festzustellen: Je höher die Überkapazitäten sind, desto stärker weitet sich die Differenz der Strompreise zwischen Groß- und Haushaltsverbrauchern aus. Eine riesige Milliardenumverteilung zugunsten der großen Verbraucherkonzerne (Chemie, Metall-, Papiererzeugung) ist nach wie vor zu beobachten. Den Stromerzeugern blieb genügend Marge: Die Gewinne und die Renditen der großen Stromkonzerne schraubten sich im ersten Jahrzehnt nach der Strommarkt-Liberalisierung in Höhen, die von kaum einer anderen

Branche erhofft werden konnten.

3. Nicht-wahr-haben-wollen der Energiewende

Es wirkt sich immer eher ungünstig aus, wenn man auf die eigene Propaganda selbst herein fällt. Jahrelang betonten und wiederholten die Konzerne immer wieder ihr Mantra: ihre Sorge, dass die regenerativen Energien (v.a. Sonne und Wind) unmöglich mehr als nur einen ganz minimalen Beitrag zur Stromversorgung liefern könnten. Jahrelang warnten sie vor einer „Stromlücke“ vor allem nach dem irgendwann zu erwartenden Ausstieg aus der Atomenergie, weshalb man dringendst Kohlekraftwerke bauen müsse. Dann erlagen sie tatsächlich ihrer eigenen Propaganda. Und sie bauten, als würde sich der Stromverbrauch alle paar Jahre verdoppeln (wie in den 1960er Jahren) und als wäre regenerative Energie ein noch nie gehörtes Fremdwort.

Tatsächlich aber stieg der inländische Bruttostromverbrauch in den letzten 10 Jahren (2005 - 2015) nicht mehr weiter an, sondern er sank um 2 bis 3 % [3]. In den 10 Jahren davor stieg er auch nur noch um 13 %. Angestiegen ist dagegen die Stromerzeugung aus Wind, Sonne, Biomasse, Wasserkraft in diesen 20 Jahren, und zwar von 25 Mrd. kWh (damals noch die übliche Wasserkraft) auf 187 Mrd. kWh, das entspricht jetzt 32 % des inländischen Bruttostromverbrauchs. Erst spät stiegen die Stromkonzerne selbst in die regenerative Stromerzeugung ein: Nur 3 % des RWE-Stroms und 7 % des Eon-Stroms werden heute regenerativ erzeugt.

Obwohl seit der Katastrophe in Fukushima 2011 etliche AKWs abgeschaltet wurden und die atomare Stromerzeugung, gemessen an ihrem Höchstwert in den frühen Nullerjahren, bis 2016 auf 85 Mrd. kWh genau halbiert wurde, sank die Auslastung der fossilen Kraftwerke. Hinzu kommt, dass eine steigende Menge Windstrom wegen Netzüberlastung nicht eingespeichert werden kann: derzeit rund 4 Mrd. kWh jährlich. Diese sich nicht plötzlich ereignende, sondern über viele Jahre aufbauende Entwicklung und Zuspitzung nicht erkannt und fehleingeschätzt zu haben, das ist ganz ohne Zweifel eine phänomenal katastrophale Leistung der sich maßlos überschätzenden Spitzenmanager der deutschen Stromwirtschaft und auch ihrer vielen, hochbezahlten und überdimensionierten Thinktanks im Hintergrund.

Die Folge war eine Kapitalvernichtung fast epischen Ausmaßes. Wie sollte man Kraftwerke bewerten, die man eigentlich nicht braucht? Nagelneue hocheffiziente Gaskraftwerke wurden nach dem Probelauf praktisch stillgelegt. Das Management-Desaster zeigt sich in den Aktienkursen. Im Vergleich zu den übrigen Dax-Aktien rutschten die RWE- und Eon-Kurse ins Bodenlose. Seit den Höchstwerten um die Jahreswende 2007/08 verloren sie bis zum Tiefstwert fast 90 %, während der Dax insgesamt um etwa 60 % zulegte. Aktienfonds-Verwalter würde man bei solchen Ergebnissen wegen Milliardenbetrugs auf viele Jahre ins Gefängnis stecken.

4. Abstoßen der Lasten des Atomstroms

Die Schröder-Regierung bahnte mit den Stromkonzernen 2002 einen so genannten Atomausstieg an. Er bestand im Kern darin, den Atomstrom-Konzernen (das sind die genannten vier) den ungestörten AKW-Betrieb auf weitere etwa drei Jahrzehnte zu

garantieren, bis hin zum absoluten Schrottzustand der AKWs. Dieser Ausstieg wurde im Herbst 2010 von der Merkel-Regierung kassiert (damals war das Verhältnis zu den Strommanagern besonders herzlich). Nach dem Erschrecken über Fukushima und den Aktionen der Antiatombewegung wurde der Ausstiegsbeschluss im Frühjahr 2011 modifiziert wieder erneuert (daraufhin brachen die gegenseitigen Besuche Regierung - Management erst mal ab).

Nun sind die Atomkonzerne eigentlich verpflichtet, Geld anzusparen, um die AKWs nach Betriebsende wieder in eine grüne Wiese zu verwandeln und die kontaminierten Kraftwerksreste und abgebrannten Brennstäbe endzulagern, und zwar für Hunderttausende Jahre. Die Betriebswirte bezeichnen das als Aufbau von Rückstellungen, bilanztechnisch sind sie Fremdkapital (weil für später anfallende Aufwendungen reserviert), aber sie verbleiben in der Verfügungsgewalt der Konzerne. Jahrzehntlang weigerten sich alle Regierungen, die angesammelten Atomrückstellungen, wie von der Antiatombewegung gefordert, aus den Konzernen raus zu verlagern und in einem getrennten Fonds zu verwahren.

Jetzt aber, da die Konzerne unter dem selbst angerichteten ökonomischen Desaster litten, fragten sich doch immer mehr Energie- und Wirtschaftspolitiker, ob die Atomkonzerne diese Rückstellungen (um die 40 Mrd. Euro derzeit) überhaupt noch zur Verfügung hatten oder ob sie womöglich schon einer beginnenden Insolvenz zum Opfer gefallen sein könnten. Die Konzerne bestärkten unterschwellig diese Befürchtungen[4], weswegen die Regierung den Atomkonzernen in längeren Verhandlungen 2015/16 zur Rettung ihrer Zahlungsfähigkeit einen guten Deal anbot (gut für die Konzerne).

Danach verbleibt der Rückbau der AKWs in der Hand der Konzerne, während alle Tätigkeiten und die gesamte Verantwortung für die Brennstäbeentsorgung und Endlagerüberwachung incl. der so genannten Ewigkeitskosten (Sicherheitsgewährleistung für eine Million Jahre) gegen eine einmalige Zahlung von 23 Mrd. Euro an den Staat gehen. Nach einer damaligen Einschätzung des Wirtschaftsministeriums könnte der gesamte Atomausstieg um die 180 Mrd. Euro kosten, davon ein Drittel der AKW-Abriss und zwei Drittel die Endlagerung. Gemessen daran bedeutet die Zahlung von 23 Mrd. Euro ein großzügiges Geschenk des Steuerzahlers (vertreten durch die Regierung) an die Konzerne. Die Aktionäre ließen mit Recht die Sektkorken über diesen erfolgreichen Vertrag knallen. Die Konzerne waren jetzt ein großes Risiko los, der Aktienkurs hörte auf zu sinken und begann wieder zu steigen.

5. Vollendung der Monopolisierung: RWE erzeugt den Strom und Eon liefert ihn

Neben dem Atomdeal wurden 2016 weitere Umgruppierungen eingeleitet, die zum aktuellen finalen Deal beitrugen. Aus RWE wurde die Tochter Innogy heraus gegründet. Das war seit etlichen Jahren schon das Feigenblatt für den Braunkohlekonzern: Die Abteilung Innogy = innovative-energy sammelte die regenerativen Aktivitäten des Konzerns, eine Abteilung, die mit wenig Geld einen maximalen Greenwashing-Eindruck erzeugen sollte. Die fossilen und atomaren Erzeugungsaktivitäten verblieben bei RWE.

Auch Eon spaltete ab. Eon gründete die Tochter Uniper, die die gesamten fossilen Aktivitäten von Eon auf sich konzentrierte. Damit verblieben bei Eon noch die regenerative und die atomare Erzeugung, die Stromverteilung und das Gasgeschäft. Mit Uniper konnte man offensichtlich nichts mehr anfangen - es wurde um die Jahreswende 2017/18 entgegen den Wünschen von Uniper an den finnischen Stromkonzern Fortum verhökert[5].

Und nun der aktuelle Knaller: RWE und Eon lösen zusammen Innogy auf und zerstören dabei nebenher noch 5000 Arbeitsplätze. Der „kreativste Gestaltungsdeal der deutschen Industriegeschichte“ (Eon-Chef Teysen - etwas kleiner als Supersuper geht bei den Strommanagern gar nicht) soll aus den konkurrierenden Großkonzernen ein quasi einheitlich kooperierendes Gesamtmonopol machen. Die ursprünglichen Gedanken von mehr Markt durch Deregulierung, mehr Marktgerechtigkeit für die Kunden, mehr Erzeugungsoptimalität, werden jetzt auch formal entsorgt.

Die noch bei Eon verbliebenen regenerativen und atomaren Kraftwerke wandern alle zu RWE, die Gasspeicheraktivitäten ebenso. Innogys Erneuerbare gehen wieder zurück zu RWE. Der Rest von Innogy dagegen, nämlich die komplette RWE-Stromverteilung mit Vertrieb bis zum Endkunden, geht an Eon. RWE besitzt jetzt also alle Erzeugungsaktivitäten, nämlich seine ursprünglichen fossilen, zudem die atomaren und erneuerbaren Anlagen von beiden Konzernen. Eon besitzt keine Erzeugungsaktivitäten mehr, stattdessen alle Verteilnetze und das komplette Geschäft bis zum Endkunden. Eon beliefert dann 45 Millionen Kunden direkt, davon 15 Millionen in Deutschland. RWE erzeugt den Strom und Eon liefert und verkauft ihn.

43 Mrd. Euro ist der komplette Deal wert. Eon bekommt mehr Kapitalwerte, also stockt es seinen Kapitalbestand um ein Fünftel auf; dieses Anteileigentum geht an RWE, dem also nun ein Sechstel von Eon gehört. Zum exakten Ausgleich zahlt RWE an Eon noch eine Barsumme von 1,5 Mrd. Euro. Innogy ist - wie Eons Uniper - nicht gefragt worden, wie es sich seine Zukunft vorstellt. Beschäftigte und auch das Management erfuhren von dem Deal erst aus der Zeitung.

Die meisten Randbeteiligte und Zuschauer (Gewerkschaften[6], Verbraucherverbände, Aufsichtsräte, die Börse) freuen sich über den gelungenen Deal. Erst recht die Bundeskanzlerin: „Sie habe Vertrauen in die Energiekonzerne, sagt sie. Die würden schon die beste Variante wählen, wie sie die Energiewende schafften“ (SZ, 13. 3. 2018). Davon kann man in der Tat ausgehen, und so wird die Energiewende bald ein endlich abgeschlossenes Kapitel sein. Die Welt wäre eine bessere Welt ohne dieses grandiose Energiemafiakartell Konzerne - Politik.

Es bleibt festzuhalten: Die konventionellen Erzeugungsaktivitäten haben eine noch höhere Konzentration erfahren, die gegen einen Kohleausstieg gerichtete Kapitalkraft ist durchschlagsstärker geworden. RWE hat schon kundgetan, dass es nach diesem Deal weitere, sehr gerne atomar-fossile, Kraftwerke einkaufen will. Und auf der anderen Seite steht ein Konzern mit insgesamt 700.000 km Stromleitungen, fast zwanzigmal rund um den Äquator. In die Gespräche mit der Bundesnetzagentur, die über den Zugang zu diesem Monopol und über die Kostenzurechnung für den Verteilungs- und Durchleitungsaufwand befindet[7], wird Eon eine sehr viel höhere Verhandlungsmacht einbringen. Dieselbe Dominanz wird Eon bei der Frage haben, wo

und mit welchem Aufwand neue lukrative Stromleitungen nötig sind. Und der direktere und vermehrte Zugang zu den Endkunden wird sich gegen die Stadtwerke richten, die bisher üblichen Endkundenversorger. Sie werden noch stärker abhängig werden von der geballten Lieferantenmacht und auch davon, dass die Erzeugung mehr als bisher in einer Hand konzentriert ist, was alternative Bezüge erschwert.

Bleiben die kleinen dezentralen Einspeiser (Solaranlagen, Windmüller, Kleinwasserkraftwerker, Biogasverstromer): Es kann ihnen nicht besser gehen, wenn sie künftig mit einer annähernd deutschlandweiten Durchleitungsmacht Eon verhandeln müssen. Zu einem wesentlichen Teil dürfte das Ziel der Neuorganisation sein, eine Hinwendung zu einer dezentralen, bürgernahen regenerativen Erzeugerstruktur zu verhindern und die alte Struktur der Großanlagen weiter zu wahren: notfalls halt nicht mehr hauptsächlich mit Atom und Braunkohle, sondern auch mit großen zentralisierten Offshore-Windanlagen. Damit werden die Änderungen des EEG in den letzten Jahren umgesetzt und vollzogen: die Abschaffung der Förderung für alle einzelnen regenerativen Anlagen zugunsten einer Förderung und einer begrenzten Zulassung nur der rentabelsten (Groß-)Anlagen.

Dass diese Regierung und die Börse sehr zufrieden sind, ist nachvollziehbar. Die Zufriedenheit der anderen nicht.

6. Und jetzt: die Vergesellschaftung

Ein Verteilungsnetz funktioniert wie ein natürliches Monopol. Es wäre wirtschaftlich völlig unsinnig, mehrere konkurrierende Leitungen nebeneinander zu legen. Die Verfügbarkeit über ein natürliches Monopol sollte nicht in privater Hand liegen – eine Bewirtschaftung in öffentlicher Hand verhindert Monopolprofite und erlaubt eine Regelung des Zugangs nach demokratisch bestimmten gesellschaftlich nützlichen Kriterien. Die Forderung nach einer Vergesellschaftung des Stromnetzes – eine ökonomische und ordnungspolitische Selbstverständlichkeit – ist seit Beginn der Deregulierung eine Konstante in der kritischen Auseinandersetzung mit der Energiewirtschaft.

Ein Konzern, der den Großteil der deutschen fossil-atomaren Stromerzeugung konzentriert, ist zentral wichtig für den Kohleausstieg (die Klimaschutzpolitik) und die Verringerung der steigenden Unfallgefahren in den Uralt-AKW. So lange er aber unter dem Primat privater Gewinnmaximierung arbeitet, wird er exakt gegen diese Ziele arbeiten. Seine Vergesellschaftung würde dagegen erheblich zur Verwirklichung dieser Ziele beitragen – die Steuerung und das Zurückfahren des Restbedarfs an fossil-atomarem Strom nach gesellschaftlich sinnvollen Kriterien wäre dann machbar.

Was jetzt noch fehlt, ist eine linke Regierung, die solche Vorhaben in Angriff nimmt, getragen von einem weitreichenden entsprechenden Bewusstsein in der Bevölkerung. Eine Entschädigung der bisherigen Eigner dürfte erst dann festgelegt werden, wenn klar feststeht, welche Kosten durch Abriss, Entsorgung und Renaturierung der Kohleverstromung noch ins Haus stehen.

Hintergründe und Details zum Weiterlesen finden sich in:

- isw-spezial 30: Klimazerstörung. Die Verantwortungslosigkeit kapitalistischer Gesellschaften, Januar 2017
- isw-report 99: Die Energiewende im Würgegriff der Konzerne, Dezember 2014
- isw-report 73: Klima-Killer Konzerne. Wie Konzerne und Marktwirtschaft das Klima kaputt machen, April 2008
- isw-report 41: Atomwirtschaft wohin? Politische Ökonomie der Stromwirtschaft und Interessen am Atomstrom, November 1999
- Franz Garnreiter: Kohleausstieg plus Atomausstieg - geht das, ohne dass die Lichter ausgehen?, November 2017
- Franz Garnreiter: Wer bezahlt den Atomausstieg? Die gigantischen Kosten des billigen Atomstroms, Mai 2016
- Jörg Staude: Stromnetz zu Gold spinnen, August 2016

Zum aktuellen Deal:

- NN: RWEonInnogy: Wohin die Reise nach dem Mega-Deal geht, März 2018
- Verena Kern: Innogy: Deal mit vielen Fragen, März 2018
- Benedikt Müller (u.A.): Tausche Wind gegen Netz, März 2018
- Frank Dohmen: Zurück zum Monopol, März 2018

[1]) Die EnBW, lange Zeit faktisch eine Tochter des französischen staatlichen Super-Stromkonzerns EdF, ist mittlerweile im Mehrheitsbesitz der grünen Landesregierung Baden-Württemberg. Diese überlegt angestrengt seit Jahren, wie sie die EnBW (ein wichtiger Atomstromkonzern) für die Energiewende einsetzen könnte.

[2]) „Hello, hello: The Power is Yello“ von EnBW; der blaue „Markenstrom“ Avanza von RWE; E-wie-Einfach-Strom von Eon.

[3]) Eon-Chef Teyssen 2007: „Die Vorstellung, man könnte den Verbrauchsanstieg stoppen, ist völlig unsinnig.“

[4]) Zum Beispiel durch Äußerungen, die AKWs eventuell aus dem Konzern auszugliedern und in Insolvenz gehen zu lassen, oder dass die Rückstellungen nur dann sicher seien, wenn die „Marktbedingungen“ stimmten.

[5]) Weiß der Henker, weshalb gerade die Finnen sich für fossile deutsche Kraftwerke interessieren. Vielleicht haben sie eine Schwäche für gruselige Erzeugungsstrukturen: Seit 2005 lassen sie in Olkiluoto ein AKW bauen, das hinsichtlich Sicherheit ein absolutes Vorzeige-AKW sein soll (Typ EPR). Vorzeigestatus hat es tatsächlich: Statt geplanter 2,2 Mrd. Euro wird es nach neuesten Schätzungen fünfmal so viel kosten, nämlich 10,5 Mrd. Euro. Und statt 2008 wird es erst 2019 fertig - frühestens, wenn alles bestens läuft. Auftraggeber und -nehmer (der finnische Versorger TVO, die französische Areva und Siemens-ex-KWU) sehen sich hauptsächlich vor Gericht und gestalten ihre Beziehungen über Gerichtsprozesse.

[6]) Beide Konzerne könnten „ihre Geschäftsfelder gut ergänzen und sinnvoll neu

ordnen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von verdi und IGBCE.

[7]) Die Netzerlöse werden nicht irgendwie marktwirtschaftlich ermittelt, sondern quasi staatlich garantiert, sie werden mit dem Strompreis eingetrieben, und zwar ähnlich wie die EEG-Umlage hauptsächlich von den Kleinverbrauchern (bei den Größtverbrauchern entfallen die Netzkosten weitgehend). Stromnetzbetreiber erhalten derzeit eine gesicherte Rendite von 7 bis 9 % auf das eingesetzte Kapital, dessen Höhe sie selbst berechnen. Diese Rendite orientiert sich am Zinssatz für Bundesanleihen zuzüglich eines Wagniszuschlags, auch wenn das Risiko nach gemeinsamer Einschätzung bei Null liegt. Ab kommendem Jahr soll die Rendite um 2 % sinken. Die Netzbetreiber klagen derzeit kollektiv gegen die beabsichtigte Renditekürzung ab 2019. Eon erwartet für den neuen Eon-Konzern mehr als 6 Mrd. Euro Jahresgewinn aus diesem Geschäft.